
Vorsitz: Norwegen**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(204. PLENARSITZUNG)**1. Datum: Montag, 18. Januar 1999

Beginn: 11.15 Uhr
Unterbrechung: 11.40 Uhr
Wiederaufnahme: 12.25 Uhr
Schluß: 13.10 Uhr

2. Vorsitz: K. Eide3. Behandelte Fragen - Erklärungen - Beschlüsse:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BERICHT DES STELLVERTRETENDEN LEITERS DER
ABTEILUNG FÜR DEMOKRATISCHE ENTWICKLUNG
DER KOSOVO-VERIFIZIERUNGSMISSION**

Vorsitzender, Stellvertretender Leiter der Abteilung für demokratische
Entwicklung der Kosovo-Verifizierungsmission, Direktor des Konflikt-
verhütungszentrums

Punkt 2 der Tagesordnung: **ERKLÄRUNG ZUM KOSOVO**

Vorsitzender, Russische Föderation, Deutschland - Europäische Union (auch im
Namen Bulgariens, Zyperns, Estlands, Ungarns, Lettlands, Litauens, Polens,
Rumäniens, der Slowakischen Republik, Sloweniens und der Tschechischen
Republik) (PC.DEL/20/99), Türkei, Vereinigte Staaten von Amerika
(PC.DEL/19/99), Albanien, Kanada, Schweiz, Slowenien, Belarus, Bosnien und
Herzegowina, Kroatien, Armenien

Erklärung des Vorsitzenden: Der Vorsitzende gab eine Erklärung zum Kosovo
ab; der Wortlaut der Erklärung ist diesem Journal beigelegt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

Verfahrensfragen: Vorsitzender

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 21. Januar 1999, 10.00 Uhr im Neuen Saal

Vorsitz: Norwegen**ERKLÄRUNG DES VORSITZENDEN**

Nach den heutigen Erörterungen im Ständigen Rat bringt der Vorsitzende des Ständigen Rates der OSZE sein Entsetzen über die Ermordung albanischstämmiger Zivilisten am Freitag, dem 15. Januar, im südlichen Kosovo zum Ausdruck. Er verurteilt diese Greuel-taten, die - wie die OSZE-Mission feststellte - von der Armee und der Polizei der BRJ gegen unbewaffnete Zivilisten begangen wurden.

Alle vorliegenden Informationen weisen darauf hin, daß viele der Opfer dieser jüngsten Greuel-taten kaltblütig hingerichtet wurden. Die Behörden der BRJ und der internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien müssen eine umfassende Untersuchung durchführen und die Verantwortlichen für diese Tragödie zur Rechenschaft ziehen. Diesbezüglich haben die BRJ-Behörden der Anklägerin Louise Arbour und den Experten des Internationalen Gerichtshofs unverzüglich vollen Zugang zum Schauplatz der Gewalttat und zu den Tatverdächtigen zu gewähren.

Die jüngste Gewalttat ist der bei weitem schlimmste Rückschlag für die laufenden Bemühungen um eine Lösung der Kosovo-Krise seit der Vereinbarung vom 16. Oktober zwischen den Außenministern Geremek und Jovanović und stellt eine eindeutige Verletzung dieser Vereinbarung dar. Aufgrund dieser Gewalttat flüchteten Tausende Einwohner aus diesem Gebiet. Nun herrscht im Kosovo ein Klima der Angst, insbesondere unter den Vertriebenen und denjenigen, die in ihre Dörfer zurückgekehrt sind. Die Aussichten auf eine dauerhafte Rückkehr, für deren Verbesserung sich die KVM - gemeinsam mit UNHCR - eingesetzt hat, haben sich erheblich verschlechtert. Es ist nun von größter Wichtigkeit, daß wieder ein Klima der Sicherheit einkehrt, das den Rückkehrprozeß begünstigt und weitere Vertreibungen verhindert.

Die BRJ muß der Anwendung von Gewalt im Kosovo unverzüglich ein Ende setzen. Die Parteien müssen sich ab sofort an die Waffenruhe halten. Sie müssen nun Zurückhaltung üben und sich jedweder Gewalt oder Vergeltung enthalten, die nur noch größeres Leid und weitere Zerstörung verursachen würden.

Die Sicherheit der Verifikatoren ist für die OSZE und die Arbeit der KVM von allergrößter Bedeutung. Der Angriff auf OSZE-Verifikatoren vom 15. Januar ist zu verurteilen. Die OSZE-Mission wird weiterhin ihre Rolle zur Förderung der Stabilität und des Dialogs mit voller Unterstützung des Ständigen Rates wahrnehmen. Alle Parteien müssen die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen genau einhalten. Die BRJ hat sich nicht an die Vereinbarung zwischen Geremek und Jovanović gehalten; diese Übereinkunft muß vollinhaltlich umgesetzt werden. Den legitimen Forderungen der KVM ist zu entsprechen. Die Waffenruhe muß wiederhergestellt und sowohl von der BRJ als auch von der UÇK eingehalten werden.

Die jüngsten tragischen Ereignisse zeigen, wie dringend eine politische Lösung für den Konflikt gefunden werden muß. Die OSZE unterstützt uneingeschränkt die diesbezüglichen Bemühungen von Vertretern der internationalen Gemeinschaft im Einklang mit allen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu dieser Frage. Die Parteien müssen nun ernsthafte Verhandlungen aufnehmen und so rasch wie möglich zu einer Lösung gelangen.